



23.3031

Motion Müller Damian.

**Intervention in Brüssel, damit Italien
endlich das Dublin-Abkommen einhält**

Motion Müller Damian.

**Intervention à Bruxelles
pour que l'Italie respecte enfin
l'accord de Dublin**

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.06.23
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.12.23

Antrag der Mehrheit
Annahme der Motion

Antrag der Minderheit
(Widmer Céline, Barrile, Kälin, Marra, Marti Samira, Masshardt, Töngi)
Ablehnung der Motion

Proposition de la majorité
Adopter la motion

Proposition de la minorité
(Widmer Céline, Barrile, Kälin, Marra, Marti Samira, Masshardt, Töngi)
Rejeter la motion

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten.

Pfister Gerhard (M-E, ZG), für die Kommission: Zu den nun folgenden Motionen aus dem Ständerat, bei denen ich – mit Ausnahme der Motion Germann – Kommissionssprecher bin, hat die SPK Ihres Rates an der Sitzung vom 12./13. Oktober 2023 beschlossen, eine vertiefte Diskussion zu führen und die Kantone und weitere Kreise anzuhören und dann zu entscheiden. Das hat sie an der Sitzung vom 9./10. November auch getan.

Die Motion, um welche es jetzt geht, ist für Ständerat Damian Müller die wichtigste der von ihm eingereichten Motionen. Sie beinhaltet den Auftrag an den Bundesrat, das Parlament über die genaue Anzahl der gestützt auf das Dublin-Abkommen möglichen, aber nicht vollzogenen Rückführungen nach Italien zu informieren. Sie verlangt ein gemeinsames Engagement des Bundesrates mit anderen Unterzeichnerstaaten des Dublin-Abkommens in Brüssel, um Italien dazu zu bewegen, wieder Überstellungen gemäss dem Dublin-Abkommen anzunehmen. Insbesondere soll sich der Bundesrat bei der EU-Kommission dafür einsetzen. Es handelt sich also nicht um eine Motion im engeren Sinne, die eine Gesetzesänderung verlangt. Es ist eher ein Appell an den Bundesrat, sich international für die Umsetzung des Dublin-Abkommens durch Italien einzusetzen. Begründet wird die Motion mit dem Entscheid Italiens im Dezember 2022, keine Überstellungen mehr anzunehmen, und mit der Erklärung des Ausnahmezustands durch die italienische Regierung am 11. April 2023.

Die Kommissionsmehrheit ist der Ansicht, dass das Dublin-Abkommen ein wichtiger Pfeiler einer koordinierten, gemeinsamen europäischen Asylpolitik ist. Es bleibt entscheidend, dass möglichst viele Asylgesuche dort gestellt werden, wo Asylsuchende den Schengen/Dublin-Raum erstmals betreten. Allerdings sind insbesondere die Staaten an der Schengen/Dublin-Aussengrenze, wie Griechenland, Italien oder auch Spanien, besonders herausgefordert, wenn die Migrationsströme so stark zunehmen wie in den letzten Monaten bzw. seit dem Ende der Pandemie. Die Schweiz tut also gut daran, einerseits die Staaten an den Aussengrenzen





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Wintersession 2023 • Neunte Sitzung • 19.12.23 • 08h00 • 23.3031
Conseil national • Session d'hiver 2023 • Neuvième séance • 19.12.23 • 08h00 • 23.3031



AB 2023 N 2457 / BO 2023 N 2457

stärker zu unterstützen, damit Überstellungen wieder möglich werden. Andererseits ist eine solche Unterstützung nur dann wirksam, wenn sie auf gesamteuropäischer Ebene geschieht.

In diesem Sinne beantragt Ihnen die Kommission die Annahme der Motion, weil es im Interesse der Schweiz ist, dass Italien seinen Verpflichtungen im Dublin-System möglichst bald wieder nachkommen kann. Es ist klar, dass es dazu mehr als bilaterale Treffen zwischen der Schweiz und Italien braucht. Nach Auffassung der Mehrheit braucht es auch eine stärkere Einflussnahme des Bundesrates auf europäischer Ebene.

Die Kommissionsminderheit teilt die Auffassung des Bundesrates, dass sich die Schweiz bereits ausreichend engagiere, um auf eine Wiederaufnahme der Überstellungen nach Italien hinzuwirken. Sie verweist auf die vielen Kontakte in dieser Sache zwischen den Schweizer und den italienischen Behörden sowie auf ein Treffen der EJPD-Vorsteherin mit der italienischen Regierung im Sommer 2023. Weiter verweist die Minderheit darauf, dass die Motion, sofern sie vom Parlament angenommen wird, vom Bundesrat sofort als umgesetzt erklärt würde, weil die Umsetzungsmassnahmen bereits an die Hand genommen worden seien.

Die Kommissionsmehrheit ist hingegen der Auffassung, dass nur die Annahme der Motion den nötigen Druck auf den Bundesrat aufrechterhalten wird.

In diesem Sinne empfiehlt Ihnen die Kommission – mit 14 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung – Annahme der Motion.

Widmer Céline (S, ZH): Was will die Motion? Sie haben es gehört: Die Motion möchte erreichen, dass sich die Schweiz auf europäischer Ebene dafür einsetzt, dass Italien seinen Verpflichtungen aus dem Dublin-Abkommen wieder nachkommt.

Ja, es ist eine Tatsache, der Rücknahmestopp bei Dublin-Fällen seitens Italiens ist störend. Wir sind uns alle einig, dass das keine gute Situation ist. Wenn es Druck gibt auf das Asylsystem, wenn es Druck gibt auf Dublin, dann kommt das Abkommen an seine Grenzen. Auch das ist eine Tatsache, wie wir jetzt einmal mehr gesehen haben.

Ich möchte eine ganz kurze Klammer aufmachen: Obwohl Italien keine Dublin-Rückführungen mehr übernimmt, kann die Schweiz, verhältnismässig gesehen, mehr Dublin-Rückführungen ins Ausland vornehmen, als sie vom Ausland übernimmt. Das Verhältnis hat sich deutlich zugunsten der Schweiz verändert: Im Jahr 2022 war das Verhältnis 2 zu 1, und jetzt ist das Verhältnis 3 zu 1. Die Schweiz fährt trotz dieser sehr störenden Situation mit Italien immer noch verhältnismässig gut.

Weshalb beantrage ich Ihnen im Namen der Minderheit, diese Motion abzulehnen, obwohl wir ja eigentlich auch sehen, dass es eine störende Situation ist? Der Grund ist ganz einfach: Die Motion ist unnötig. Der Kommissionssprecher hat gesagt, es handle sich eher um einen Appell als um eine Motion. Die Motion ist schlicht und einfach erfüllt. Unter Ziffer 1 werden Zahlen verlangt. Wir haben diese am 12. Oktober 2023 in der Kommission bekommen, und Sie werden sie sicher auch wieder von der Bundesrätin hören. Mit Stand 12. Oktober 2023 sind knapp 300 Personen aufgrund des Rücknahmestopps durch Italien in die Zuständigkeit der Schweiz übergetreten.

Zudem fordert die Motion mehrfach, dass sich die Schweiz zusammen mit anderen europäischen Verbündeten bei der Europäischen Kommission dafür einsetzt, dass diese gegen diesen unschönen Zustand vorgeht. Wir haben in der Kommission ebenfalls erfahren, dass die Schweiz mit der EU-Kommission auf allen Ebenen in Kontakt ist. Sie ist ausserdem mit einem halben Dutzend "like-minded" europäischen Staaten in Kontakt, die alle bei der Kommission interveniert haben. Die Schweiz ist – Sie haben es gehört – auch in bilateralem Kontakt mit Italien.

Die Schweiz ist also sowohl multilateral als auch bilateral bereits auf allen Ebenen aktiv. Die Motion ist daher nun einmal als erfüllt anzusehen. Wenn Sie sie jetzt trotzdem annehmen, dann ist das reine Symbolpolitik, da man die Motion nach ihrer Annahme gleich als erfüllt bezeichnen kann.

Ich appelliere an Sie im Namen der Kommissionsminderheit der SPK-N: Verzichten Sie auf diese Symbolpolitik, lehnen Sie diese Motion ab.

Baume-Schneider Elisabeth, Bundesrätin: Lassen Sie mich etwas vorwegnehmen, bevor ich inhaltlich auf die Motion eingehe. Der Bundesrat ist völlig einverstanden mit dem Anliegen der Motion und empfiehlt sie nur deshalb zur Ablehnung, weil er sie als bereits umgesetzt erachtet.

En effet, la situation des transferts Dublin vers l'Italie n'est pas satisfaisante. Et, oui, le système Dublin présente des faiblesses. Toutefois, cette année encore, la Suisse tire avantage – si j'ose dire ainsi – du système Dublin, et ce de manière significative. En effet, malgré la suspension des transferts vers l'Italie, notre pays est encore





AMTliches BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Wintersession 2023 • Neunte Sitzung • 19.12.23 • 08h00 • 23.3031
Conseil national • Session d'hiver 2023 • Neuvième séance • 19.12.23 • 08h00 • 23.3031



dans une meilleure position, au niveau de la proportion de personnes renvoyées plutôt qu'accueillies, que l'année passée.

Permettez que je donne quelques indications chiffrées. Si on prend la période de septembre 2021 à octobre 2023, nous avons eu 3726 renvois Dublin et 1560 reprises Dublin, donc un ratio de 2,5 – si j'ose dire ainsi – renvois pour 1 reprise. Et si on prend la même période, cette fois-ci, de décembre 2022 à novembre 2023, nous avons 2300 renvois pour 721 reprises, donc un ratio de 2,8, qui se rapproche de 3. Ces questions de ratio peuvent être un peu sordides, mais elles montrent que le système est tout de même encore agile.

La situation en Italie est connue. Nous avons toutes et tous en tête les drames de Lampedusa cet été. Depuis le début de l'année, plus de 153 000 migrantes et migrants sont arrivés sur les côtes italiennes, dont plus de 17 200 mineurs non accompagnés. Le nombre de débarquements a ainsi augmenté de plus de 60 pour cent par rapport à l'année dernière. Et même si l'Italie subit d'énormes pressions, cela ne signifie pas que le Conseil fédéral accepte purement et simplement la suspension des transferts Dublin.

Pour rappel, la suspension ne concerne naturellement pas que la Suisse, mais tous les Etats Dublin. Il ne s'agit donc pas d'un problème particulier entre la Suisse et l'Italie, mais d'un sujet qui concerne l'ensemble de l'espace Schengen-Dublin. Cette thématique a d'ailleurs été abordée lors de deux rencontres en marge des séances du Conseil des ministres de la justice et des affaires intérieures (Conseil JAI). En effet, la Suisse et d'autres Etats Dublin, notamment l'Allemagne, l'Autriche, la France ou encore les Pays-Bas, la Belgique et le Danemark, ont déjà demandé à répétition reprises à la Commission européenne d'intervenir auprès de l'Italie pour qu'elle reprenne enfin les transferts.

De plus, j'ai fait savoir sans équivoque au ministre italien de l'Intérieur, Matteo Piantedosi, que la Suisse attendait de l'Italie qu'elle reprenne les transferts. Mais, de son côté, le ministre italien m'a assuré que l'Italie s'efforçait de reprendre ces transferts, pour autant qu'elle améliore sa capacité d'accueil et d'hébergement. A ce propos, l'état d'urgence décrété en avril 2023 permet effectivement au gouvernement italien de prendre des dispositions spéciales pour gérer la migration. Cela permet de financer plus rapidement des mesures telles que le développement d'infrastructures pour le retour des personnes qui n'ont pas le droit à une protection en Italie ou pour l'accélération des procédures d'accueil et d'hébergement. En effet, en une année, 37 000 migrants supplémentaires ont été enregistrés dans leur système d'accueil.

Je peux vous garantir, Monsieur le président, Mesdames et Messieurs les conseillers nationaux, que le Conseil fédéral continuera d'insister à tous les niveaux, dans chaque relation qu'il peut avoir avec ses homologues étrangers, pour obtenir une reprise rapide des transferts.

Um die Frage des Motionärs zu beantworten, wie viele Asylsuchende aufgrund der Suspendierung nicht nach Italien überstellt werden konnten, kann ich Ihnen mitteilen, dass das Staatssekretariat für Migration bislang 408 Personen in das nationale Asylverfahren überführen musste.

Toutes ces personnes restent-elles en Suisse? Non: elles font l'objet d'une procédure nationale et, si elles ne remplissent pas les conditions pour pouvoir rester dans notre pays, le SEM prononce également le renvoi vers leurs pays d'origine. Je peux ainsi encore vous préciser que parmi les

AB 2023 N 2458 / BO 2023 N 2458

personnes transférées en procédure nationale, ce sont 81 dossiers qui, jusqu'à présent, ont reçu une décision leur conférant un droit de séjour dans notre pays. Comme cela a été mentionné, la demande formulée par l'auteur de la motion est d'ores et déjà mise en oeuvre.

Le Conseil fédéral vous propose dès lors de suivre la minorité de votre commission et de rejeter la motion.

Bircher Martina (V, AG): Geschätzte Bundesrätin, die Schweiz liegt im Herzen von Europa, umgeben von sicheren Staaten. Wenn Dublin millimetergenau umgesetzt würde, wie viele Asylgesuche hätte die Schweiz dann?

Baume-Schneider Elisabeth, conseillère fédérale: Madame Bircher, merci beaucoup pour la question. Si j'ai bien compris, elle est liée à la réforme du pacte de l'asile au niveau européen. Si la réforme était prise en considération et si le système fonctionnait, il y aurait un meilleur traitement – un traitement plus efficace et efficient – des demandes aux frontières extérieures et nous aurions moins de demandes – je ne peux pas vous donner de chiffres. Le but est de lutter contre les "Schlepper" et de lutter contre la migration illégale. Donc, il y aurait moins de demandes, mais une solidarité à avoir au niveau européen tout de même.

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Die Mehrheit der Kommission beantragt, die Motion anzunehmen. Eine Minderheit Widmer Céline und der Bundesrat beantragen, die Motion abzulehnen.





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Wintersession 2023 • Neunte Sitzung • 19.12.23 • 08h00 • 23.3031
Conseil national • Session d'hiver 2023 • Neuvième séance • 19.12.23 • 08h00 • 23.3031



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 23.3031/27911)

Für Annahme der Motion ... 124 Stimmen

Dagegen ... 60 Stimmen

(6 Enthaltungen)

